

Waldeck-Frankenberg: Die Kritik des Waldbesitzerverbandes in Waldeck-Frankenberg an der neuen Naturschutzleitlinie für den hessischen Staatswald ist beim Arbeitskreis Waldeck-Frankenberg der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz (HGON) auf Unverständnis gestoßen.

HGON-Vorsitzender Rudolf Chartschenko (Ellershausen) betonte, dass diese Richtlinie verpflichtend für die Bewirtschaftung des Staatswaldes ist. Für sonstigen Waldbesitz habe sie lediglich Empfehlungscharakter. Darin eine „Beschränkung der Betriebe“ mit „starken betriebswirtschaftlichen Folgen“ zu sehen, wie Christian Raupach, Geschäftsführer des Hessischen Waldbesitzerverbandes, in einer Veranstaltung in Mühlhausen erklärte, sei nicht nachzuvollziehen. Es müsse doch eine Selbstverständlichkeit sein – so die HGON – dass im öffentlichen Wald höhere Naturschutz-Standards als im Privatwald anzusetzen sind. Unbestreitbar seien im Privatwald, dessen Besitz für die Eigentümer eine wichtige Erwerbsgrundlage ist, andere Maßstäbe anzulegen. Gleichwohl greife auch hier die im Grundgesetz verankerte „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“. Leistungen, die darüber hinausgehen, seien durch den Staat im Rahmen des „Vertragsnaturschutzes“ auszugleichen.

Der HGON-Arbeitskreis hatte sich in einer Sitzung mit den Zukunftsperspektiven für den Wald in Waldeck-Frankenberg befasst. Nach wie vor sei eine „naturnahe Forstwirtschaft“ das Ziel, an dem sich aktuelle waldbauliche Entscheidungen messen lassen müssten. Das Prinzip der Nachhaltigkeit beziehe sich nicht allein auf den jährlichen Zuwachs an Biomasse, sondern richte sich aus auf die Stabilität aller Prozesse im Ökosystem „Wald“. Dazu gehört vor allem die Erhaltung genügend alter Baumbestände sowie der Vielfalt heimischer Baumarten. Hessen als Kernland der weltweiten Verbreitung der Buche habe eine besondere Verantwortung für die Erhaltung der Buchenwälder, insbesondere der ökologisch wertvollen Altholzbestände.

Ein besonderer Diskussionspunkt in der HGON-Sitzung war, ausgelöst durch undifferenzierte Presseverlautbarungen in dieser Frage, die

künftige Rolle der Douglasie in den heimischen Wäldern. Vielerorts werde diese nordamerikanische Baumart auf Windwurfflächen bevorzugt angepflanzt. Auf dem Hintergrund der Klimaerwärmung solle die Fichte auf vielen Standorten durch die rascher wachsende Douglasie ersetzt werden. Dass die Forstwirtschaft sich rechtzeitig auf Klimaveränderungen einstellt – so der Naturschutzverband – sei nachvollziehbar. Kritisch zu betrachten sei es jedoch, wenn Douglasien auf nährstoffreicheren Böden allein aufgrund ihrer Massenleistung einem standortgerechten Laubwald vorgezogen würden. Chartschenko betonte: „Die Chancen und Risiken der Douglasie müssen gleichermaßen gesehen werden.“ Die Douglasie sei eine „invasive Baumart“. Anders als die Fichte könne sie z. B. in die naturschutzfachlich wertvollen Eichenwälder eindringen und diese dauerhaft verändern. Riskant sei die Forderung, die Douglasie solle „Brotbaum“ der Zukunft werden. Wald sei mehr als die Summe von Brotbäumen. Chartschenko: „Wir wollen kein Klein-Kanada in den Ederbergen.“

Die HGON hofft auf eine breite öffentliche Diskussion über die künftige Waldentwicklung in Waldeck-Frankenberg, insbesondere im öffentlichen Wald. Insbesondere in den beiden Naturparks Kellerwald und Diemelsee sollte geprüft werden, inwieweit die Ausweitung des Douglasienanbaus dem Leitbild für diese „Vorbildlandschaften“ gerecht wird. Es widerspreche jeder Logik, wenn im Nationalpark standortfremde Douglasien entfernt werden, jenseits dessen Grenzen in unmittelbarem Umfeld gleichwohl auf die Douglasie gesetzt werde. Zumindest für den öffentlichen Wald müsse daher für diesen Bereich ein besonderes Waldbaukonzept entwickelt werden.